

Pressemitteilung



Westtangente Rosenheim

München/Rosenheim
22.09.2010
PM 37/10/FA
Verkehr

Mehr Probleme statt Lösungen

Der Bund Naturschutz (BN) bedauert die vor einigen Tagen bekannt gewordene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, mit der die Beschwerde des BN gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zurückgewiesen wurde.

Aus der Sicht des Bund Naturschutz ist es eine Entscheidung gegen die Natur, die Landschaft und auch die Menschen im Raum Rosenheim. Die BN-Kreisgruppe Rosenheim ist nach wie vor der Auffassung, dass die Westtangente mit einer zukunftsfähigen Verkehrsentwicklung nicht zu vereinbaren ist. Sie wird die Verkehrsprobleme der Stadt nicht lösen, sondern noch verstärken. Vorprogrammiert ist dies insbesondere an Problempunkten wie Schweigerkreisel, Aichergelände sowie an den beiden Ampeln in Westerndorf St. Peter und die Belastung durch den Nord-Süd-Verkehr im Zuge der B 15 wird zunehmen. „Anstatt die Verkehrslawine zu stoppen, wird mit der Westtangente einfach ein neues Loch aufgemacht und die Belastungen woanders hin verlagert“, sagte **Ernst Böckler**, der Vorsitzende der Kreisgruppe Rosenheim. Statt der notwendigen Förderung anderer Verkehrsträger wie der Bahn, wird weiter das umweltfressende Straßensystem ausgebaut und dem Autoverkehr immer noch mehr Landschaftsräume geopfert, egal was es kostet. Für die Westtangente sind es mindestens 63 Millionen Euro, bei einer Bauzeit von 10 Jahren vermutlich aber deutlich mehr.

Die Folgen der Westtangente sind eine gewaltige Landschaftszerstörung, ein Verlust wichtiger Rosenheimer Naherholungsgebiete, die Rodung von vier Hektar Klimaschutzwald, die Vernichtung von 38 ausgewiesenen Biotopen, die Zerschneidung des Kaltentals, die Versiegelung von 40 Hektar wertvollen Bodens und erneut durch Verkehr belastete Anwohner.

Fachabteilung
München
Pettenkofenstr. 10 a / I
80336 München

Tel. 089/54 82 98 63
Fax 089/54 82 98 18

fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Der Bund Naturschutz fordert dagegen den Ausbau der Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs, um vor allem einen großen Teil der Pendler aus den Autos zu holen. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum die Verkehrsbelastung auf der B 15 nicht durch schnell zu verwirklichende Maßnahmen entschärft werden“, sagte **Ingrid Wittner**, Mitglied des Vorstands der Kreisgruppe. Ein Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen, eine verstärkte Kontrolle der Mautflüchtlinge und eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, könnten nach Ansicht des BN zur Lösung der Verkehrsprobleme wesentlich besser beitragen, als ein neue Straße im Rosenheim Westen, die vor allem zusätzliche Belastungen verursacht. Der Bund Naturschutz fordert die Stadt Rosenheim daher auf, endlich ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept zu entwickeln.

Für Rückfragen:

Kurt Schmid

BN Regionalreferent

Tel.: 089/548298-88 oder -63

kurt.schmid@bund-naturschutz.de